

Frage

An der Universität Freiburg (Fribourg) gibt es einige Professoren, welche Wirtschaft unterrichten. Diese haben offenbar mehrheitlich eine sehr liberale Einstellung und sind mit ihren Aussagen ab und zu auch im Schweizerfernsehen zu sehen. Liberal im Sinn von freiem Markt und Preisen.

Feststellung:

Müsste nicht in der heutigen Zeit eine wirtschaftliche Analyse auch aus dem Aspekt der Nachhaltigkeit betrachtet und gemacht werden! Wäre es nicht, - gerade auch auf Grund des sich verändernden Klimas, - eine Notwendigkeit, das von der Universität ein Zeichen im Bereich, Nachhaltigkeit gesetzt wird und diese entsprechend vermittelt und unterrichtet würde.

Abgesehen davon, dass auch aus moralischer Sicht (Arbeitsbedingungen, Kinderarbeit) eine Betrachtungsweise, nur des Preises, nicht akzeptabel ist, stellt sich auch die Frage, in wie weit es wettbewerbsverzerrend und so gesehen illegal ist, wenn lediglich der Preis als Referenz für die Wirtschaftlichkeit heran gezogen und berücksichtigt wird.

Fragen:

In wiefern hat der Staatsrat die Möglichkeit, den Lehrstuhl der Uni FR, dahin zu beeinflussen, dass bei wirtschaftlichen Analysen die Nachhaltigkeit mit berücksichtigt wird?

Was meint der Staatsrat zur Wettbewerbsverzerrung, wenn bei Preisvergleichen nicht einmal die Arbeitsbedingungen und selbst noch Kinderarbeit mit beinhaltet sind?

Denke, es wäre nicht nur Pflicht, sondern auch eine Chance für unsere Uni, sich auf diesem Gebiet zu profilieren.

13. Oktober 2006

Antwort des Staatsrates

Einführung

Das Wirtschaftsstudium an der Universität Freiburg wird an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät (WSW) angeboten. Diese Fakultät ist in fünf Departemente unterteilt: Volkswirtschaftslehre, Betriebswirtschaftslehre, Quantitative Wirtschaftsforschung, Gesellschaftswissenschaften und Informatik. Letzteres ist ein interfakultäres Departement der WSW-Fakultät und der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät. Die Fakultät bietet Studiengänge auf Bachelor- und Masterebene in Volkswirtschaftslehre, Betriebswirtschaftslehre, Betriebsinformatik und Gesellschaftswissenschaften an. Das Lehrangebot ist somit sehr reichhaltig und deckt verschiedene Bereiche von der Informatik bis zur Soziologie ab. In jedem Lehrgang besuchen die Studierenden einige obligatorische Veranstaltungen und einige frei wählbare Veranstaltungen anderer Departemente. Die Programme sind so angelegt, dass weitgehend der interdisziplinäre Ansatz zum Zug kommt.

Es sei darauf hingewiesen, dass die WSW-Fakultät der sozialen Verantwortung viel Bedeutung beimisst. So hat die Fakultät bei der strategischen Überlegung, die 2001 erarbeitet wurde, ihr Kompetenzzentrum mit den folgenden Worten beschrieben: „Governance in Unter-

nehmen und öffentlichen Institutionen vor dem Hintergrund individueller und sozialer Verantwortung“. Diese Ausrichtung ist auch in den beiden, ihr angeschlossenen Instituten sichtbar. Das Institut für Verbands- und Genossenschafts-Management (VMI) ist ein international bekanntes Forschungs- und Lehrzentrum, dessen Beitrag an die Körperschaften, die in der nachhaltigen Entwicklung tätig sind, nicht unter Beweis gestellt werden muss. Was das „international institute of management in technology“ (iimt) betrifft, so hat dieses im Januar 2006 ein Zusammenarbeitsabkommen mit dem United Nations Children's Fund (UNICEF) abgeschlossen, womit die Geschäftsethik Teil des iimt-Lehrangebotes ist.

Die Frage des Grossrats betrifft insbesondere das Departement Volkswirtschaftslehre. An diesem Departement sind 12 Professoren mit verschiedenen Spezialisierungen tätig. Sie unterrichten auf Deutsch und Französisch. Das Tätigkeitsfeld dieses Departements, seine Forschung und seine Lehre situieren sich allgemein im Bereich „der Staat als Akteur, Regulator und Produzent“. Die Departementsmitglieder studieren also *„die Regulierung der Wirtschaftsaktivitäten mithilfe öffentlicher und privater Institutionen. Wichtige Themen in diesen Gebieten sind die Neue Politische Ökonomie (Public Choice) sowie die Neue Institutionenökonomie und die Konstitutionenökonomik; die Analyse internationaler Wirtschaftsinstitutionen, Nonprofit-Organisationen im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit sowie öffentlicher und halböffentlicher Institutionen im Bereich der Arbeitsökonomie; schliesslich die monetäre Politik im Spiegel der wirtschaftsregulierenden nationalen und internationalen monetären Institutionen“*.¹ Die Aspekte der Ethik und der sozialen Verantwortung werden ebenfalls berücksichtigt. So behandeln verschiedene Professoren die nachhaltige Entwicklung in ihrer Lehre, ihrer Forschung und ihren Publikationen.

Das allgemeine Profil des Departements für Volkswirtschaftslehre entspricht also demjenigen, das der Grossrat für wünschenswert ansieht.

Im Departement und in der Fakultät werden auch andere Ansätze vorgestellt. Dies ist nötig, damit den Studierenden die Kenntnis verschiedener Theorien und Wirtschaftsformen vermittelt werden kann.

Eine Universitätsausbildung muss tatsächlich alle Hauptdenkströmungen des Gebietes umfassen. Es werden somit die verschiedenen Methoden und Thesen vorgestellt, und die kritische Analyse wird angeregt. Wenn die verschiedenen Ideen einander gegenüber gestellt werden, regt dies das Denken an, bereichert die Diskussion und trägt zur Meinungsbildung und zur Entwicklung der Argumentation bei. Das ist auch anregend für die Forschungsarbeit.

Frage 1

Die Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät und ihr Departement für Volkswirtschaftslehre legen den Schwerpunkt eindeutig auf einen verantwortungsvollen und ethischen Ansatz in der Wirtschaft.

Die politische Welt kann bei der Festlegung der Gesamtstrategie der Universität und ihrer Fakultäten Einfluss nehmen. Die strategischen Ausrichtungen werden so im Senat besprochen, wo vier Vertreter des Grossen Rats und vier vom Staatsrat ernannte Personen einsitzen. Anschliessend wird die Strategie dem Staatsrat zur Genehmigung vorgelegt.

Hingegen können die politischen oder auch akademischen Verantwortlichen nicht intervenieren und eine Forschungsrichtung oder die wissenschaftlichen Inhalte der Lehre eines Professors festlegen. Auf dieser Ebene kommt der Grundsatz der akademischen Freiheit zum Zug, der in Artikel 5 des Gesetzes vom 19. November 1997 über die Universität Freiburg, sichergestellt wird.

Das bedeutet jedoch nicht, dass diese Tätigkeiten jeder Kontrolle entgehen. Eine wissenschaftliche Veröffentlichung muss die Grundlagendaten und die Methoden aufweisen, die zu

¹ Quelle: „Strategiebericht des Volkswirtschaftlichen Departements“, 2001.

den Ergebnissen geführt haben, damit diese wiederholt, kontrolliert, kritisiert oder bestätigt und entwickelt werden können. Die wissenschaftlichen Zeitschriften, über die die berufliche Anerkennung läuft, publizieren nur Artikel, welche diesen Kriterien der wissenschaftlichen Qualität entsprechen.

Die universitäre Lehre im Rahmen eines Programms statt, das den gelehrten Stoff festlegt. Sie muss nicht nur die Kenntnisse zahlreicher Ansätze vermitteln, sondern auch dafür sorgen, dass die Studierenden das nötige methodologische Werkzeug für ein unabhängiges Urteil und eine kritische Betrachtung in die Hand bekommen. Die Verbindung zwischen Forschung und Lehre, die die Ausbildung in den Hochschulen kennzeichnet, bildet gerade die Grundlage für das eigenständige Erlernen eines wissenschaftlich begründeten Denkens und eines Bewusstseins für die eigene Verantwortung.

Frage 2

Der Wettbewerb muss immer innerhalb angemessener gesetzlicher Vorschriften stattfinden, die durch die politischen Instanzen festgelegt wurden. Das Bundesgesetz gegen unlauteren Wettbewerb fordert unter anderem, dass die Arbeitsbedingungen den üblichen Berufszusammenhängen des Fachs entsprechen.

Der Preis bildet nur ein Kriterium unter anderen, die beim Erwerb von Gütern und Diensten durch den Staat beachtet werden. Einige Kriterien bezüglich der Arbeitsbedingungen und der Sicherheit können auch Ausschlusscharakter haben. Es ist klar, dass jegliche Ausbeutung des Menschen und ganz besonders des Kindes inakzeptabel ist.

Also muss in Einhaltung dieser Vorschriften dafür gesorgt werden, dass diese öffentlichen Dienste ihre Aufgaben wirksam erfüllen und der Grundsatz der Wirtschaftlichkeit eingehalten wird. Diesbezüglich kann der Preis einer Leistung oder einer öffentlichen Investition nicht unbeachtet bleiben. Die Vergleiche müssen jedoch immer die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen und andere Kriterien, zum Beispiel die Qualität, berücksichtigen.

Freiburg, 30. Januar 2007